

Am Sonntag, den 12. April 2015, führte die Arge gemeinsam mit dem „Verein für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V.“ eine Tagung zum Thema „Fundamentalismus – nicht nur ein religiöses Problem“ durch. Wir dokumentieren die drei Impulsreferate nach den Konzepten.

IS und NS – Politik als Bekenntnis, Bekenntnis als Politik

Von Martin Fochler

Die Bundesrepublik ist, eingebettet in weltwirtschaftliche Produktions- und Austauschprozesse und internationale Institutionen, politische Abkommen, Militärbündnisse und schließlich EU und Eurogruppe, Teil der globalen Welt. So wie überall entstehen auch bei uns urbanisierte Metropolregionen, politische Mikrokosmen, in denen sich die Kulturen der Welt treffen und internationale Spannungen greifbar werden.

An der politischen Basis, in den Parteien, den Religionsgemeinschaften, den Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung und bis zu einem gewissen Grade auch in der alltäglichen Lebensorganisation hat die Idee des Zusammenlebens der Verschiedenen Fuß gefasst.

Dagegen finden sich in der verbrecherischen Tradition des NS Banden, die auf die Globalisierung mit völkischen Ideen antworten und terroristisch gegen alles vorgehen, was ihnen fremd ist. Auch der IS und verwandte Organisationen rekrutieren für ihre terroristische Kriegführung Kämpfer.

Die Abwehr der Ideen, Organisationen und Praktiken des IS- und des NS-Komplexes versteht sich als Verbrechensabwehr. Sie argumentiert mit dem Strafgesetzbuch und operiert mit dem staatlichen Gewaltmonopol. Unterentwickelt ist die Deutung der sinnstiftenden und gemeinschaftsbildenden Kräfte, die Menschen in die Kreise jener Vereinigungen zieht.

I. Der IS ist in erster Linie ein politisches Bekenntnis

Die terroristischen Organisationen, die so viele Länder und Staaten Asiens und Afrikas destabilisieren, berufen sich selbst auf Traditionen des Islam, und so versucht die Kritik an ihren Verbrechen an Lehren und gelebter Praxis des Islam anzusetzen. Sie übergeht dabei, dass die religiösen Institutionen des Islam den IS als Abweg und Irrlehre verurteilen, und übersieht so, dass der Terror einem politischen Ziel dient: Die gegenwärtige Vielfalt der Staaten mit traditionell islamischer Bevölkerung soll militärisch zerschlagen und durch ein Kalifat ersetzt werden. Die Territorien Syriens und des Iraks, in denen der IS eine terroristische Macht errichtet hat, werden als Ausgangsbasis begriffen. Die Berufung auf den Islam markiert Länder islamischer Tradition zur Eroberung. Terrorgruppen in von Syrien und Irak weit entlegenen Ländern haben dem Kalifen des IS Gefolgschaft geschworen.

Im beherrschten Gebiet des IS besteht zweifellos eine Militärdiktatur, deren oberster Befehlshaber der Kalif ist. Ihm schwören Kämpfer Gehorsam. Die für das Militär typische Operationsweise von Befehl und Gehorsam prägt das gesamte gesellschaftliche Leben. Seine Bausteine fand der IS in den Trümmern der Militärdiktaturen Syriens und des Irak. Es ist nicht etwa eine im sozialen Leben verankerte religiöse Erweckungsbewegung, die nach politischer Macht greift. Es handelt sich um eine Militäruntergruppe, die Funktionen einer Religionsgemeinschaft übergreifend beansprucht.

Wie anderswo formierten sich im 20ten Jahrhundert auch in der islamischen Welt Offiziersbünde zur treibenden Kraft der unvermeidlichen Industrialisierung, die Armee wurde zum politischen und wirtschaftlichen Führungszentrum, ließ jedoch – oft enge – Räume zur Pflege von Tradition und Religion frei. Inzwischen stagniert die militärisch organisierte Industrialisierung weltweit und stößt an Grenzen, die Militärsstaaten werden instabil.

– Wer davon ausgeht, dass die Operationsweise Befehl/Gehorsam bzw. Vorgesetzter/Untergebener zu wenig Spielraum

für die Initiative von Einzelnen oder von Gruppen lässt und die Entwicklung der Gesellschaft behindert, wird nach individueller Freiheit, nach rechtlicher Sicherheit, nach vertraglich geordneten Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen streben. – Möglich ist aber auch die Vorstellung, dass diese Operationsweise gescheitert ist, weil sie nicht alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen hat. Daraus ergibt sich die Idee der Zusammenführung von Politik und Religion im Militärstaat, in dessen Kategorien Andersgläubige Feinde oder Meuterer sind, die der Vernichtung anheimfallen. Realität und Ausstrahlung gewinnt diese Strategie durch militärische Eroberungen.

– Es gibt starke Anhaltspunkte, dass Kritik am Militärstaat auch aus islamischer Tradition möglich ist. So etwas geschieht wohl in der Türkei, in der die islamisch-konservativ inspirierte Partei Erdogans die Alleinherrschaft des Militärs auf politischem Wege relativierte, was eine beachtliche wirtschaftliche Dynamik auslöste. Es muss sich zeigen, ob der islamische Konservatismus zu einem Arrangement mit den demokratischen Bestrebungen findet. Ein Indiz dafür ist, dass die demokratisch-menschenrechtlich orientierte kurdische Emanzipationsbewegung mit der AKP Regierung über das Ziel einer demokratischen und pluralistischen Türkei verhandeln kann. Ein Arrangement des Islam mit den Erfordernissen der reifen Industriegesellschaft zeigt sich auch in Europa, soweit sich islamische Gemeinden in der Position einer durch demokratische Rechte geschützten Minderheit stabilisieren.

Fazit:

– Als politische Bewegung hängt der IS am Konzept des übergreifenden, diktatorisch geordneten Einheitsstaates der islamischen Welt. Das Erfordernis der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit soll durch Eroberung erfüllt werden, ein vereinheitlichter Rechtsraum durch Diktatur geschaffen.

Die mangelnde Integrationskraft dieses Konzeptes erweist sich am Widerstand der Staaten, letztlich jedoch erst, wenn ein anderes, nicht diktatorische Konzept für den Wirtschafts- und Kulturraum Anerkennung findet.

– Als Bewegung mit religiösem Anspruch zieht das IS-Kalifat die Deutungshoheit in allen sittlichen Fragen an sich. In Verbindung mit der Operationsweise von Befehl/Gehorsam ergibt das einen sittlichen Orientierungsverlust, der den Anhängern aber auch eine eigene Auseinandersetzung mit einer Welt im Wandel erspart.

Die Anziehungskraft des IS ergibt sich aus seinen Eroberungen, die Entwicklung vorspiegeln, sie nimmt mit dem militärischen Misserfolg ab, der sich aus der politischen Untauglichkeit des Konzepts militarisierte Macht ergibt. Es ist nicht zu erwarten, dass das IS-Regime eine wirtschaftliche Entwicklung auslöst. Es kann dies kaschieren, weil und solange es Geschäfte mit dem Öllexport macht.

Das Scheitern der Eroberung von Kobane war ein Scheitern eines militärischen Eroberers an der Selbstverteidigung der Bevölkerung, die Pluralismus der Gleichschaltung vorzieht.

II. Die Rückkehr des Krieges und das latente Potential des NS in Europa

In der neueren Kulturgeschichte Europas sieht man vor allem die Tendenz der Religionsgemeinschaften, verlorenen Einfluss auf die Staatsgeschäfte und die Rechtsetzung zurückzugewinnen und so die Freiheit von Meinungsäußerung, Wissenschaft und Kritik zu gefährden. Im Zuge dieser Auseinan-

dersetzung wurde die Gefahr, die vom Übergriff des Politischen auf die Sphäre der Bekenntnisse ausgeht, dramatisch unterschätzt. Dies hat sich vor allem bei der Durchsetzung der NS-Diktatur in der Weimarer Republik gezeigt.

Die deutsch-völkische NS-Bewegung konnte als antiklerikale Kraft auftreten. Ihr offen ausgesprochenes politisches Ziel war die Neuordnung Europas unter Vorherrschaft Deutschlands bzw. der Deutschen mit rechtlich entgrenzten, militärisch-polizeilichen Mitteln. Die Bewegung bezog Impulse und Personal aus dem kaiserlichen Beamtenstaat, dessen Affinität zum Militärischen gegeben war und, nicht zu unterschätzen, aus den Trümmern der geschlagenen Weltkrieg-I-Armee.

Der gegebene Bezug auf das Militärische ermöglichte die Organisation der Bewegung nach dem Operationsschema von Befehl und Gehorsam, die Gestalt des obersten Führers inbegriffen. Insbesondere die nahe Erinnerung an das Kriegsgeschehen stützte die Idee des Opfers auf Befehl, die bei militärischen Operationen zum Erfolg gehört. Sie hat sich dann auf die Beziehung des Opfers des Einzelnen fürs Volk übertragen lassen. Im Militärischen vorzufinden ist auch die Bestimmung des Feindes, der getötet werden darf und, nicht zuletzt, die Idee der uniformen Geschlossenheit, die Abweichungen oder gar Meuterer und Deserteure ausmerzt.

Die NS-Ideologie und -Organisation fand im Bereich der militärischen Normen und Operationen ein reichhaltiges Reservoir an Normen und Praktiken vor, die den Aufbau eines quasi-militärischen Organisationsgefüges ermöglichten. Als schließlich die Vereidigung der Wehrmacht auf die Person Adolf Hitlers vollzogen wurde, war das NS-Regime als Konglomerat verschiedener, auf die Person des Führers bezogener bewaffneter Verbände und Polizeien unter der Devise „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ perfekt. In diesem System hatten die Menschen, das Recht verloren, über die Operationen des NS-Systems sich Gedanken zu machen. aus freien Stücken aufgegeben oder unter Zwang verloren.

Die Zugehörigkeit zum System wurde durch Zuschreibung von Rasse geregelt, wodurch der Rest der Welt zu beherrschen oder zu vernichten blieb. Die fixe Idee von der Bestimmung

der arischen Rasse führte, gerade weil sie in der sozialen Welt keinen Halt finden konnte, zu Ermächtigung des Führers. Anders als der moderne militärische Befehlshaber, der sich vor seinen Beraterstäben rechtfertigen muss, bezog sich der Führer auf seine Einsicht in die Vorsehung und den Erfolg. Letztlich hatte das NS-Regime seine Erfolge der Organisation von militärischer Schlagkraft zu verdanken, die in einer ersten Welle von Kriegsdrohungen außenpolitische Erfolge ermöglichte, die Stockung der Wirtschaft durch befohlene Programme auflöste, durch unerwartete und tolldreiste Operationen militärische Erfolge erzielte und schließlich militärisch unterging.

Die historische NS-Bewegung hat in ihrer Entstehungsphase bestritten, in das religiöse Leben eintreten zu wollen, sie hat diesen Übergriff praktisch und theoretisch dennoch vollzogen. Die Rassenlehre macht das Bekenntnis des Einzelnen wertlos; der Anspruch des politischen Führers, den Willen der Vorsehung zu erkennen, die Lehrfunktion und Organisation der Kirchen. Schlussendlich blieb für den Einzelnen das Bekenntnis zum Führer entscheidend.

Das Potential der NS-Ideen hat den Untergang des NS-Regimes überleben können. Eine Rolle dabei mag spielen, dass die völkische Idee ein Hilfsversprechen an die Volksgenossen enthält, was angesichts der sozialen Degradation greift. Zweitens eignet sich der Siegeszug des historischen NS zur Heroisierung.

Für den aktuellen NS besteht die Schwierigkeit, dass das Militärische, seine spezifischen Tugenden und Praktiken in Verfall gekommen sind. Aber gerade in diesem Punkt ändert sich die Lage.

Die Kriege an den Grenzen der EU schaffen Bedarf an politischen Legitimationslegenden, eine Funktion, die etwa der Bezug aufs „Abendland“ erfüllen kann. Sollte die NS-Bewegung von einer deutsch-völkischen zu einer abendländisch-hegemonialen Strategie finden, wird sich zeigen, dass die Kritik am NS als Verbrechen nicht ausreicht. Zur Idee des vernünftigen Pluralismus, die sich im Inneren der Bundesrepublik als tragende Kraft herauschält, braucht es eine Entsprechung im Verkehr der Staaten und Staatenbünde.

Anhang: Zur Unterscheidung von Politischem und Religiösem

Um den Unterschied zwischen diesen Bereichen aufzufinden, können verschiedene Verfahren herangezogen werden:

– Man kann sich an die Theorie der Gerechtigkeit als Fairness (John Rawls) halten, die zwischen dem „Guten“ und dem „Rechten“ unterscheidet. Als Recht kann danach gelten, was Bürger durch politische Übereinkunft an Normen und Institutionen frei und vernünftig vereinbaren können, weil sie es unter Abwägung aller Umstände für fair halten.

Die Ansichten über das Gute, von denen sich Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Lebensgestaltung leiten lassen, und zu deren Pflege sie sich in Bekenntnisgemeinschaften zusammenschließen, dürfen niemandem aufgezwungen werden.

– Diese Aussage passt zur Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft, (Ferdinand Tönnies), wo mit Gesellschaft (und ihren Gesetzen) der Handlungsraum beschrieben wird, in dem der Einzelne die Mittel zur Verfolgung seiner eigenen individuellen Zwecke vorfindet und einsetzt, während bei der Gemeinschaftsbildung Orientierung an übergeordneten Zweck stattfindet.

– Schließlich unterscheidet die Systemtheorie soziale Systeme, in denen Operationen stattfinden, die deren Selbstreproduktion ermöglichen, vom einzelnen Menschen, der als psychisches System betrachtet wird; Operationsweise des psychischen Systems sind Gedanken.

In heutigen, global verbundenen Welt sind die religiösen Botschaften, auch wenn sie von komplexen Organisationen ausgearbeitet werden, letztlich ein Vorschlag an die Einzelnen,

die eigenen Gedanken zu ordnen, denn Glauben/Nichtglauben ist eine Operation, die nur in der Gedankenwelt des Einzelnen möglich ist. Das Bekenntnis geglaubter Inhalte ermöglicht enge Bindungen, die Kooperationen verlangen, die weit mehr als das vertraglich Vereinbarte umfassen.

Die Unterscheidung von Glaubensinhalten und Rechtsvorschriften ermöglicht das zuverlässige Funktionieren der gesellschaftlichen Systeme bei gleichzeitiger Wahrung der individuellen Freiheit, zu bedenken, was vorgeht.

An der Grenzlinie zwischen Rechtsraum und Gedankenwelt entwickeln sich Bekenntnis- und Gesinnungsgemeinschaften verschiedenen Typs.

So macht die Familiengemeinschaft Intimität möglich, während die Bekenntnisgemeinschaft etwa einer Partei den Transfer von Regeln aus dem Bereich der Gesetze in den der persönlichen Verfügbarkeit organisiert und mithin mit je einem Bein in diesen getrennten Welten steht.

Fazit: Die Grenze zwischen Politischem und Religiösem ist fließend und umkämpft.

Eine Verschiebung von Glaubensinhalten in den Bereich politisch gewaltsam sanktionierter Vorschriften beschränkt das Denkvermögen der Einzelnen. Die Fähigkeit, sich Gedanken zu machen, wird an ein soziales System abgetreten, das dergleichen nicht leisten kann und deswegen ein psychisches System als Führer setzen muss; damit endet die Freiheit des Einzelnen.

Zur Entstehungsgeschichte des religiösen Fundamentalismus

Von Karl-Helmut Lechner

Die Faszination, die weltweit für viele Menschen von fundamentalistischen Bewegungen ausgeht, ist ungebrochen. Auch wenn zur Zeit durch grauenhafte Ereignisse der Islam in Verbindung mit dem sogenannten Islamischen Staat besonders im Mittelpunkt der öffentlichen Beobachtung steht — in allen Religionen und Kulturen der Welt tauchen diese Phänomene auf. Fundamentalistische Bewegungen formulieren im religiös-kulturellen Gewand politische und soziale Interessen und kämpfen um deren Dominanz. Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Sowjetunion und der ihr zugeordneten Staaten und seit Ende des politisch organisierten Sozialismus, der großen Ideologie des 20. Jahrhunderts als Ausdruck von Hoffnung auf eine andere, bessere Welt, tritt der politisch-religiöse Fundamentalismus in allen Kulturen auf. Immer wieder dient zur Rechtfertigung blutiger Konflikte.

Auch Religion findet nicht im Himmel statt

Inhaltlich trennen Welten den protestantischen Fundamentalismus in den USA, den römisch-katholischen Fundamentalismus in Europa und den USA, den evangelikalen Fundamentalismus im ehemals katholischen Guatemala, den jüdischen Siedler-Fundamentalismus in Israel, den islamischen Fundamentalismus im Iran oder in Algerien, den Hindu-Fundamentalismus in Indien, den buddhistischen Fundamentalismus in Sri Lanka, den konfuzianischen Fundamentalismus in Südostasien. Sie sind scheinbar grundsätzlich unterschiedlich im Inhalt ihrer Lehre, in der Lebensweise der Menschen, die ihnen zugehören, und in der Gestalt der sozialen und politischen Ziele, die sie verfolgen. Mehr aber als alles Trennende verbindet sie derselbe Stil des rigiden Umgangs mit kulturellen Unterschieden, eine Strategie der Politisierung der eigenen „guten“ Kultur gegen die Kultur der „bösen“ Anderen. Kulturelles Selbstbewusstsein wird zum Hebel politischer Verfeindung. Eine gewißheitsbasierte Identitätspolitik, ein geschlossenes Weltbild: Das vor allem ist Kennzeichen des religiös-politischen Fundamentalismus in unserer Zeit.

Deshalb betreiben wir in unserer Darstellung des Fundamentalismus keine Theologie und erörtern immanent die Stimmigkeit oder den Unsinn religiöser Aussagen. Ob es sein kann, daß der Koran vom Himmel gefallen ist oder die Bibel das wortwörtlich den Propheten und Evangelisten in die Feder diktierte Wort Gottes ist, das soll uns eher am Rande interessieren. Auch Religion findet nicht im Himmel statt, sondern hier auf Erden. Religionswissenschaft ermöglicht es uns, gemeinsame Strukturen in aller Verschiedenheit des Fundamentalismus zu erkennen und ihre Funktion für das jeweilige soziale und psychische System zu beschreiben. Historische Betrachtungen helfen uns, Entstehungsbedingungen für fundamentalistische Bewegungen zu untersuchen.

Ein Kind des Christentums

Der Begriff „Fundamentalismus“ stellt zunächst eine Sammelbezeichnung dar für sehr unterschiedliche Bewegungen vor allem innerhalb des Christentums, im Islam, im Judentum und, wie oben angedeutet, in anderen Kulturkreisen. Obwohl das damit bezeichnete Phänomen die gesamte Religionsgeschichte durchzieht, kam der Begriff des Fundamentalismus erst zu Anfang dieses Jahrhunderts im angelsächsischen Protestantismus der Vereinigten Staaten auf. In der Sache hat es Fundamentalismus seit Beginn der kulturellen Modernisierung als deren inneren Widerspruch immer gegeben. Obwohl wir heute weit mehr von islamischen Fundamentalisten und jüdischem „Fundamentalismus der Siedler“ hören, müssen wir gleich zu Beginn festzustellen: Fundamen-

talismus ist ein Kind des Christentums und zunächst als eine christliche Erscheinung zu begreifen.

1919 gründeten protestantische Christen in den USA eine weltweit tätige Organisation, die „World's Christian Fundamentals Association“. Damit war die Bezeichnung „Fundamentalismus“ für diese Art christlicher Glaubensüberzeugung geprägt und hat sich für sie im allgemeinen und im wissenschaftlichen Sprachgebrauch durchgesetzt. Dieser Begriff trat zwar zunächst nur als Titel ihrer Schriftenreihe auf, wurde aber in den zwanziger Jahren von traditionalistischen Vertretern einer überkonfessionellen Bewegung aus Baptisten, Presbyterianern, Methodisten, Pfingstlern zur Selbstbezeichnung verwendet. Das Wort „fundamentalistisch“ — das oft synonym mit „evangelikal“ gebraucht wird — bezieht sich jedoch auf keine einzelne, spezifische, ausformulierte und zugleich anerkannte Theologie, sondern betont die absoluten religiösen Grundlagen: im Christentum soll nur die Bibel als Fundament des Glaubens gelten.

In der 1910 zuerst publizierten christlichen amerikanischen Schriftenreihe: „The Fundamentals: The Testimony to the Truth“ wird zusammengefaßt, was seit etwa 1870 in nordamerikanischen Großstädten auf Bibel- und prophetischen Konferenzen diskutiert wurde. Es ging auf all diesen Konferenzen vor allem um die Bedrohung der guten alten christlichen Tradition durch „Industrialisierung“, „Urbanisierung“ und „Aufklärung“.

Wer aber war denn da vorwiegend bedroht? Das traditionelle Familienleben der Mittelklasse-Familien, das noch durch die Zweiteilung der Arbeitswelt in Frauendomäne und Männerbereich gekennzeichnet war. Damals galt — wie von Schiller 1799 in seinem Gedicht die „Glocke“ besungen — einerseits „... und züchtig waltet drinnen die Hausfrau ...“ und andererseits „der Mann muß hinaus ins feindliche Leben!“ Diese Einteilung kam ins Wanken, als die Industrie massenweise Arbeitskräfte brauchte und auch Frauen vom Arbeitsmarkt angezogen wurden. Die alte Familienmoral war bedroht.

Bedroht war damit auch das nahezu familienmäßig organisierte Kirchenleben. In den modernen Großstädten wurden Kirchengemeinden zunehmend neu organisiert: Finanzielle und regionale Strukturen ersetzen mehr und mehr Glaubensgefühl und intime Gemeinschaft. Da wo in früheren Zeiten Bibelkreise auf spontaner Nachbarschaftsebene genügten, bildete sich eine bürokratische Heilsverwaltung aus. Damit änderten sich auch liturgische Aspekte, Texte, Melodien, ja sogar die Sprache der Gemeinden. Die guten alten Choräle des 19. Jahrhunderts waren nicht mehr die einzige Form der Kirchenmusik. Bedroht war alles, was bisher so selbstverständlich Ausdruck von Kirchenleben schien. Darauf reagierten Pastoren und selbsternannte Propheten landauf, landab mit harscher Kritik an den modernen Zeiten.

Eine besondere Rolle spielte dabei die baptistische Tradition, in der die Glaubenstaufe gebräuchlich war. Ähnliche Erscheinungen gab es bei der amerikanischen Pfingstbewegung, die um die Wende zum 20. Jahrhundert das Christentum mit einem wortwörtlichen Enthusiasmus beleben wollte, indem sie das unmittelbare Wirken des Heiligen Geistes beschwor. Geistestaufe und Geistesgaben standen im Mittelpunkt pfingstlerischer Vorstellungen; es wurden Weissagungen, Zungenrede, Krankenheilung praktiziert. Man legte großen Wert auf die persönliche Bekehrung. Die Veranstaltungen wurden sehr expressiv durchgeführt: die Menschen weinten, zitterten, lachten, wirkten wie betrunken und schienen die Kontrolle über ihren Körper zu verloren zu haben.

Das Festhalten an der Irrtumsfreiheit der Bibel führte folgerichtig zu scharfer Kritik der weltlichen Wissenschaft, vorne-

weg der modernen Theologie, sofern sie ein historisch-kritisches Verständnis der Bibel vertrat. Nun kam es zur Ausbildung einer fundamentalistisch orientierten Wissenschaft an eigenen Universitäten, die mit dem „Kreationismus“ gegen die Evolutionstheorie, für die der Name Darwin stand, eine eigene Schöpfungslehre formulierte.

Kritik der Moderne

Die fundamentalistischen Kritiker der Moderne sind, das überrascht zunächst, glühende Verehrer von Francis Bacon (1562 bis 1626), also in gewisser Weise selber Kinder der Moderne. Sie schätzen den Bacon'schen Satz: „Wissen ist Macht!“ Hier zeigen sich bereits wesentliche Züge des christlichen Fundamentalismus. Er wird zu einem höchst rationalen System. Es herrscht nicht einfach irre religiöse Willkür vor, wie es uns manchmal erscheinen mag, sondern er kleidet sich in ein höchst modernes System, das er philosophisch und technisch zu nutzen versteht. Die ökonomisch extrem effektive „Elektronische Kirche“ in den USA ist z.B. fest in der Hand der Fundamentalisten und operiert weit über alle Kontinente hinweg. Der Fundamentalismus lebt in der modernen Welt und reagiert auf ihre Auswirkungen, indem das eigene fromme Denken und Leben sich dem entgegenstellt. Die eigenen Denk- und Lebensformen werden grundsätzlich nicht in Frage gestellt.

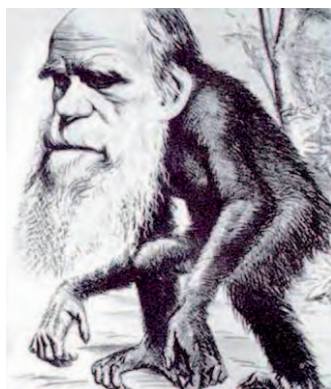
Wirren ganz anderer Art verstärkten in den USA den fundamentalistischen Widerstand gegen alles Moderne. Mit der gleichen Sprache, wie sie heute im reaktionären Lager benutzt wird, „fluten“ Ende des 19. Jahrhunderts 17 Millionen Asylanten, meist „Wirtschaftsasyllanten“ in die USA. Die meisten dieser Menschen waren nicht protestantisch. Damit wurde die religiöse und kulturelle Landschaft der Vereinigten Staaten einschneidend verändert. Plötzlich prägte Vielfalt das Bild, wo bisher ein homogenes protestantisches gesellschaftliches Klima herrschte. Auf diesen neuen religiös-kulturellen Pluralismus reagierten die Fundamentalisten mit handfester Abwehr gegen die Flüchtlinge.

Die Städte waren die Zentren dieser enormen Immigration und wurden dadurch auch zu Zentren des „Fundamentalismus“. In den großen Städten der USA wurden Bibel-Konferenzen und Prophetenversammlungen organisiert. Die ersten fanden seit 1875 in Niagara-on-the-Lake statt, bekannt geworden unter dem Namen „Niagara-Bible-Conference“. Die erste internationale Prophetenversammlung fand 1878 in New York City statt. Daneben wurden seit 1908 Bibel-Institute gegründet. 1909 erschien die erste kommentierte Bibel, die „Scofield Reference Bible“, ein Standardwerk des Fundamentalismus bis heute.

Fundamentalisten in den USA instrumentalisierten — wie auch heute — die Gewalt des Staates, um ihre Weltanschauung gegen die andere, gottlos-feindliche durchzusetzen. Ihre eigene Weltanschauung war dadurch gekennzeichnet, daß sie die alte, die richtige, bewährte, Gott wohlgefällige Politik garantierte. Mit Hilfe staatlicher Macht sollte die alte Ordnung wieder hergestellt werden.

Der „Affen-Prozeß“ in den USA

Machen wir uns diese Seite des „Fundamentalismus“ an der einen berühmt gewordenen Szene des Jahres 1925 klar, wie sie sogar in einem Film dargestellt wird. In Dayton, Tennessee, ist der Teufel los. Mehr als 5000 Schaulustige, dazu Scharen von fliegenden Händlern und Reporter aus aller Welt haben das 1.800-Seelen-Nest im bibeltreuen Süden der USA in einen Rummelplatz verwandelt. Sie sind gekommen, um ein Gerichtsverfahren mitzuerleben, das als „monkey trial“, als „Affen-Prozeß“ in die amerikanische Justizgeschichte eingehen wird. Einen Monat zu-



vor, im Mai 1925, ist der 24-jährige Biologielehrer John Thomas Scopes verhaftet worden. Er hatte seinen Schülern Charles Darwins Lehre von der Entstehung der Arten vermittelt, was im fundamentalistischen Tennessee seit Beginn des Jahres per Gesetz verboten ist.

Als am 10. Juli 1925 die Hauptverhandlung beginnt, spielt der Lehrer keine Rolle mehr. Im Rampenlicht des ersten live im Radio übertragenen Prozesses stehen die zwei berühmtesten Juristen der USA. Die Anklage vertritt der Ex-Außenminister und Präsidentschaftskandidat William Jennings Bryan, ein missionarischer Kämpfer gegen die „verderbliche“ Lehre, daß der Mensch vom Affen abstamme. Sein Kontrahent ist Clarence Darrow, der berühmteste Bürgerrechtler und Strafverteidiger des Landes. Überall im völlig überfüllten Gerichtsgebäude hängen Spruchbänder mit der Aufschrift „Lies deine Bibel täglich!“. Richter John T. Raulston macht keinen Hehl aus seiner bibeltreuen Gesinnung und unterstützt die Anklagevertretung nach Kräften. Jeden Verhandlungstag läßt er mit einem Gebet einleiten.

Trotzdem kann Raulston nicht verhindern, daß der gewiefte und eloquente Darrow im Duell die wissenschaftliche Lehre Darwins gegen den biblischen Glauben in überragender Weise verteidigt. Im abschließenden Kreuzverhör verstrickt er seinen Widersacher Bryan derart in Widersprüche, daß der Richter das Verhör am nächsten Tag kurzerhand abbricht und alle Aussagen Bryans aus dem Protokoll streicht. Am 21. Juli 1925 ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Nach neun Minuten steht ihr Spruch fest: „Schuldig!“. Richter Raulston verurteilt den angeklagten Biologielehrer daraufhin zur Mindeststrafe von 100 Dollar. Im Januar 1927 wird zwar das Urteil gegen John Thomas Scopes vom Obersten Gerichtshof des Staates wegen eines Formfehlers aufgehoben. Aber weitere Versuche der Bürgerrechtsbewegung, das Anti-Evolutionsgesetz von Tennessee zu kippen, bleiben in Zukunft erfolglos. Eine Neuauflage dieser Diskussion erfuhren die USA zur Zeit des Präsidenten Ronald Reagan im Jahr 1985.

Im Jahre 1910 erscheint die erste Nummer der Schriftenreihe „The Fundamentals“. Ihr Ziel ist es, Zeugnis abzulegen, „damit der Unglaube, der auf der Kanzel und der Kirchenbank die Kirche Christi gelähmt hat, überwunden wird und daraus eine weltweite Erweckung folgt“.

Fünf grundlegende Glaubensprinzipien, die „Five Fundamentals“, sollen den verwirrten Kindern der Moderne zur eigenen Identität verhelfen und ihnen im rigiden Entweder-Oder klare, einfache Entscheidungen ermöglichen. Sie werden zu den alleinigen Leitlinien des Glaubens und des Gemeindelebens: Wichtigster Punkt ist die Irrtumsfreiheit der Bibel, die als verbalinspiriertes Wort Gottes angesehen wird und wörtlich zu interpretieren ist. Wer das Buch hat, hat die Wahrheit. Bei den anderen vier Glaubensprinzipien handelt es sich um die jungfräuliche Geburt Jesu durch Maria, die eigene leibliche Wiederauferstehung in Konfrontation zu den Naturwissenschaften, das stellvertretende Sühneopfer Jesu und der Glaube an die physische Wiederkehr Christi „zu richten die Lebendigen und die Toten“. Die Verfolgung dieser fundamentalen Prinzipien verstärkte die offizielle Loslösung von den traditionellen lutherischen Kirchen, aber auch den alten Freikirchen.

Fahrplan hin zum Weltende

Dennoch haben die Fundamentalisten bei ihrem buchstäblichen Gebrauch der Bibel — da erging es ihnen wie allen dogmatischen Bewegungen in der Geschichte — zwei sehr unter-

Darwin Karikatur 1871. 1925 verurteilte das Gericht von Tennessee im berühmten „Affenprozeß“ den Biologielehrer John Thomas Scopes, weil er Darwins Wissenschaft von der Evolution gelehrt hatte.

► schiedliche Erwartungshaltungen entwickelt. Beide sind ausgerichtet auf das in der Offenbarung des Johannes prophezeite Tausendjährige Reich. Die Frage, in der sie sich unterscheiden, ist die, ob nun Christus vor dem Millennium wiederkommt oder nachher. Es geht ja um einen endgültigen Neubeginn in der Geschichte, den sie in verzückter Erregung erwarten, mit dem Christus sie herausretten wird aus der vergehenden Welt und der den recht Gläubigen die absolute Gewißheit gibt, am Ende auf der richtigen Seite zu stehen.

Nur: Welcher Fahrplan hin zum Weltende soll gelten? Premillienaristen sagen: Christus muß vor dem Millennium wiederkehren. Seine Wiederkehr wird von Katastrophen vorbereitet, einschließlich der Herrschaft des Antichrist. Danach wird Christus plötzlich kommen, um alles zu beenden. Postmillienaristen sagen: Christus kommt nach dem Tausendjährigen Reich. Und wir haben die Chance, durch soziales Engagement vorher die Trübungen der Welt zu lindern und sein Kommen zu beschleunigen.

Beide Ausprägungen haben als endzeitlich geprägte Denkweisen ein besonderes politisches Interesse. Und das ist nun bei den Premillienaristen höchst brisant. Jedes politische Problem kann bei ihnen interpretiert werden als ein Zeichen der biblisch beschriebenen Katastrophen. Insofern ist in diesem System nichts wirklich erschreckend. Jedes Weltuntergangsszenario, alles gehört zum Plan, selbst die größten Grausamkeiten, selbst ein atomarer Weltkrieg, wie auch Hungersnot und Seuche, gehören zu ihrem Weltbild und dienen ihrer Selbstvergewisserung: „Seht nur, wir wußten es schon, daß das alles kommen muß!“

Waffe gegen Kommunismus

In diesem Schema spielt der Kommunismus als die Verkörperung des Antichrist eine besondere Rolle. Vor allem der premillienaristische „Fundamentalismus“ ist zutiefst vom unüberbrückbaren Gegensatz zu jeder Form des Kommunismus beherrscht. Diesen zu bekämpfen, ist Auftrag jedes Christen. Der hinter dem säkularen Humanismus stehende Feind ist der „Satan“ höchst persönlich.

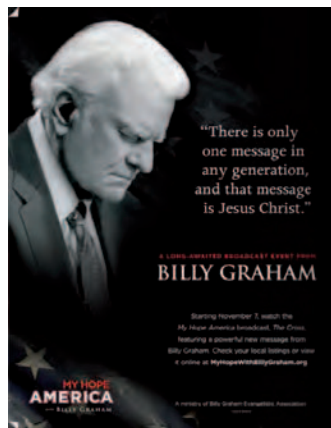
Außerdem zählen die Fundamentalisten folgende verwerfliche Konsequenzen des Humanismus auf:

- Frauenemanzipation
- Verbot der Körperstrafe in den Schulen
- Steuerrechtliche Durchleuchtung des Finanzgebarens von Religionsgemeinschaften
- Bürgerrechte für Schwule
- Humanistische Werte in den Schulen
- Regierungsmitsprache in christlichen Schulen
- Zerstörung der Familie durch die Freigabe der Abtreibung

Der nächste, noch wirksamere Entwicklungsschub für den Fundamentalismus waren Verlauf und Ausgang des Vietnam-Kriegs. In den Augen der nationalistischen gesinnten protestantischen Fundamentalisten war das Land Amerika — god's own country — zu recht in militärischer Konfrontation mit dem nicht-weißen, kommunistischen Land Vietnam. Der

Ausgang dieses Krieges mit der Kapitulation Saigons am 30. April 1975 bedeutete für sie die unfaßbare Niederlage des weißen christli-

Billy Graham, das „Maschinengewehr Gottes“, ist einer der bekanntesten Vertreter des amerikanischen Fundamentalismus. Zum Vietnamkrieg sagte er: „So viele Bomben mußten fallen, um soviel tausend Menschen zu Gott zu bringen!“



chen Amerika, das von einer kommunistischen Dritte-Welt-Macht geschlagen war: Kein überzeugenderer Beweis für die Entartung der eigenen einstigen Erlösernation konnte angeführt werden, als die Niederlage gegenüber asiatischen Völkern in einem primitiven Land.

Diese Entwicklung hatte nun zweierlei Folgen für den Fundamentalismus in den USA: Sie wurde verstanden als Bestärkung und Bestätigung der eigenen Ansicht, daß das Jüngste Gericht unmittelbar bevorstand. Und sie wurde begriffen als Auftrag an die Fundamentalisten, das alte, christliche, protestantische Amerika aktuell vor dem Untergang zu retten. Diese fundamentalistischen Motive wurden nun national verstärkt durch die im Jahr 1976 überall aufwendig gefeierte zweihundertste Wiederkehr der Gründung der Vereinigten Staaten. Am Ende dieses Jahres standen die Präsidentschaftswahlen, die nach der Kennedy-Johnson-Nixon-Ford-Ära, in ihren Augen eine allzu politisch liberale Phase, nun einen Südstaatler, einen evangelikalen Wanderprediger ins Weiße Haus brachten: Jimmy Carter. Er wurde von vielen Fundamentalisten, die sich selbst als Moral Majority verstanden, obgleich der Demokratischen Partei zugehörig, gewählt und begrüßt. Seine Antrittsrede am 20.1.1977 mit dem berühmten gewordenen Bibelzitat aus dem Prophetenbuch Micha 6,8: „Es ist dir gesagt Mensch, was gut ist, und was der Herr von dir fordert, nichts als Recht üben und die Güte lieben und demütig wandeln vor deinem Gott“, sollte darauf hindeuten, daß nun Amerika zu den guten alten protestantischen Werten zurückkehren werde. Die heutige „Tea-Party“ folgt auf diesen Spuren und wird sich im kommenden Wahlkampf um die Präsidentschaft in den USA heftig zurückmelden.

Fundamentalismus: Höchst verschieden — in seiner Struktur gleich

So weit eine kurze Skizze über den Ursprung des christlichen Fundamentalismus in den USA. Betrachten wir dieses Phänomen in anderen Religionen und Weltregionen, so werden wir bei höchst unterschiedlichen Erscheinungsformen überall ähnliche Strukturen wieder erkennen. Alle fundamentalistischen Bewegungen gewinnen ihre Dynamik aus modernitätskritischen Impulsen. Sie setzen jeweilige eigene Werte absolut gegen den moralischen und geistigen Relativismus ihrer Zeit. Aufklärung und historische Wissenschaft ist für Sie glaubensloser Irrtum. Kennzeichnend sind patriarchalische Strukturen in den Geschlechterbeziehungen. Nicht der Mensch, sondern der Mann ist die Krone der Schöpfung. Entscheidend für das Individuum, das zu diesen Gruppen dazugehören will, sind die persönliche Bekehrung, die Befreiung von allen Sünden und die Belohnung mit dem Eingang ins Paradies. Als die Gerechten werden sie vor Gott am Ende der Tage bestehen. Daraus entwickelt ein elitäres Wir-Gefühl. Dies hat für die Mitglieder in fundamentalistischen Bewegungen lebensentlastende Bedeutung. Der Fundamentalist weiß, er gehört zu den Erwählten Gottes. Er weiß, wohin er in seiner eigenen Lebensgeschichte gehört. Hieraus entspringt seine Kraft zur Selbstermächtigung, die in einschlägigen Texten wie folgt beschrieben wird: „In dem Moment, in dem der Mensch seine vollständige Macht annimmt und zu 100 Prozent auf allen Ebenen ja sagt, braucht er sich um seine Blockaden, Ängste und Zweifel kaum noch Gedanken zu machen. Nimmt dieser Mensch seine volle Macht an, gibt es nichts mehr, was ihn zurückhält. Er geht dann trotz Zweifeln und Ängsten seinen Weg in aller Konsequenz. Er kann gar nicht anders als erfolgreich sein. Erst im Moment der Selbstermächtigung kann ein Mensch seiner Bestimmung folgen.“

Quellen:

Martin Riesebrodt: „Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der Kampf der Kulturen“. München 2001

Marten Marquardt: „Christlicher Fundamentalismus heute“, Melanchton-Akademie Köln, 2006

DIE LINKE und der Totalitarismus, Nützlichkeit der so genannten „Unrechtsdebatte“ in Thüringen

Von Frank Kuschel

Linke und LINKE in der Krise

Ausgangspunkt für das Thema ist meine Einschätzung, dass sich die Linke als Bewegung und die Partei DIE LINKE nach rund 25 Jahren des Scheiterns der staatssozialistischen Modelle weiterhin in einer inhaltlichen und konzeptionellen Krise befindet. Diese Einschätzung ist überhaupt nicht vorwurfsvoll zu verstehen, sondern eine nüchterne Einschätzung des Zustands der Linken. Es war auch überhaupt nicht zu erwarten, dass die Linke in einer so historisch kurzen Zeit die Folgen des Scheiterns der staatssozialistischen Modelle vollständig überwindet.

Auf zahlreiche gesellschaftspolitische Fragen haben die Linke insgesamt und auch die Parlamentarische LINKE derzeit keine mehrheitsfähigen Antworten. Auch dies ist eine wertungsfreie nüchterne Bestandsanalyse.

Beispielhaft sind die Tendenzen der Entpolitisierung kommunaler/staatlicher Entscheidungsprozesse und die Tendenz der Anonymisierung von Kapital benannt.

Oder wenn durch die Linke berechtigter Weise einerseits eine stärkere Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie gefordert wird, sind andererseits die hierfür notwendigen Einzelprojekte und Maßnahmen (wenn überhaupt) nur sehr schemenhaft konzeptionell ausdiskutiert und entwickelt. Praxisbezüge gibt es zudem nur sehr vereinzelt.

Ein von der Linken sehr stark favorisiertes Projekt ist der „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“ (ÖBS). Dieses Projekt bewegt sich im Spannungsfeld der eigenwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Volkswirtschaftsbereiche. Auch in Bezug auf die berechtigte Kritik der Linken am Hartz-VI-System stellt sich die Frage nach einer mehrheitsfähigen Alternative.

Geschichte als ein Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung

Geschichte ist und bleibt ein Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung.

Der Begriff „Totalitarismus“ ist sowohl ein wissenschaftlicher Begriff, als auch ein politisches Schlagwort zur Bezeichnung politischer Systeme. Der Totalitarismus als politisches System ist gekennzeichnet durch Gleichschaltung der sozialen, kulturellen und individueller Äußerungen nach Maßgabe ein er

vorgegebenen Ideologie.

Der Begriff entstand in den 20er des 20. Jahrhunderts in Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus.

Die aktuelle Debatte über den 70. Jahrestag der Befreiung oder wie auch formuliert wird „Jahrestag des Kriegsendes“ zeigt, wie intensiv Geschichte als Feld der politischen Auseinandersetzung in Anspruch genommen wird.

Nach Brandenburg wird auch Thüringen und ot-Rot-Grün (r2g) den 8. Mai als Gedenktag der Befreiung vom Faschismus ausrufen.

Totalitarismus/Unrechtsstaat – untaugliche Kampfbegriffe

Der Begriff „Totalitarismus“ war nach 1945 fester Kampfbegriff der so genannten „Ost-West-Auseinandersetzung“. Der Begriff verlor aber seine Brauchbarkeit durch die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus/Sozialismus.

Merkmale eines totalitären Systems sind:

1. umfassende Weltanschauung und deren Durchsetzung – Avantgardetheorie,
2. gelenkte Wirtschaft,
3. Ein-Parteien-System,
4. Zensur,
5. Waffenmonopol.

Zusätzliche Merkmale des „Unrechtsstaates“ sind:

1. fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit,
2. keine klare Gewaltenteilung.

In der so genannten „Unrechtsstaatsdebatte“ gelang bisher keine Einigung zur Begriffsdefinition. Nicht einmal das Bundesverfassungsgericht sah sich in der Lage den „Unrechtsstaat“ zu definieren. Der Begriff ist ein klassisches politisches Schlagwort.

Der „Unrechtsstaat“ ist zwischenzeitlich eine abwertend gebrachte Bezeichnung für einen Staat, der kein Rechtsstaat ist. Die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Staatssozialismus als Unrechtsstaaten verfehlt zunehmend seine Wirkung.

Die bisher in Thüringen geführte Unrechtsstaatsdebatte war kein Beitrag für eine reale und zielführende Geschichtsbeurteilung, weder für die LINKE, noch die Gesellschaft insgesamt

Viele Menschen in Thüringen interessiert die Unrechtsdebatte nicht, aber es gab im Vorfeld des Regierungswechsels in Thüringen eben eine abweichende öffentliche Meinungsführerschaft.

Unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch r2g (5. Dezember 2014) ist die Unrechtsdebatte ohne jegliche Einflussnahme in sich zusammengebrochen und ist fast vollständig verebbt.

Der Bürgerrechtsflügel der LINKEN fordert nach meiner Überzeugung zurecht auch die Fortsetzung der „Unrechtsstaatsdebatte“, gerade in und um die LINKE (Linke). DIE LINKE als Partei tut sich mit dieser Debatte fortsetzung aber immer schwer. Im Regelfall lässt sich die LINKE die „Unrechtsdebatte“ von außen aufzwingen. Es ist aber notwendig und wäre zudem politisch klug, dass die LINKE die Unrechtsdebatte selbstbestimmt führt und dafür sogar eigene Impulse setzt.

DIE LINKE als Bestandteil sozialer Bewegungen

DIE LINKE hat sich vom sogenannten „Avantgarde-Anspruch“ (Führungsanspruch) verabschiedet und versteht sich vielmehr als Bestandteil der politischen



Frank Kuschel

Sprecher für Kommunalpolitik

Erreichbar im Landtag

Tel: 0361 - 377 2619
Fax: 0361 - 377 2416
Email: kuschel@die-linke-thl.de

Abgeordnetenbüro

Abgeordnetenbüro Frank Kuschel, MdL,
Turn-Vater-Jahn-Str. 16, 99310 Arnstadt
Tel: 03628 - 602795
Mobil: 0170 - 470 6198
Fax: 03628 - 6615586
Email: kuschel.wkb@web.de
Mitarbeiterin: Carolin Ruffert



und sozialen Bewegung (z.B. TTIP, CETA, attac, Mehr Demokratie). Gesellschaftliche Systemträger sind schon lange nicht mehr nur die Parteien, sondern vielmehr die Wirtschaft mit ihren Lobbyverbänden, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen ...

DIE LINKE ist sich bewusst, dass neben den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen, den Sozialverbänden auch die Kirchen Partner in den sozialen Abwehrkämpfen ist.

LINKE steht für Eigentumsvielfalt und Vielfalt des Wirtschaftens.

Schon längere Zeit gibt es Debatte über Vergesellschaftung von Teilen der Volkswirtschaft und/oder die Stärkung des öffentlichen Wirtschaftens.

DIE LINKE steht programmatisch für Eigentumsvielfalt und die Vielfalt des Wirtschaftens. Über die Stärkung des öffentlichen Wirtschaftssektors kann die Volkswirtschaft als Ganzes beeinflusst werden, einschließlich der Stärkung der Elemente der Wirtschaftsdemokratie.

In den Wirtschaftsbereichen in denen die verschiedenen Eigentumsformen (öffentlich, genossenschaftlich, privat) in einem ausgewogenen Verhältnis agieren (z.B. Finanz-/Kreditinstitute, Wohnungswirtschaft, ÖPNV, Energieerzeugung), wirkt dies marktberuhigend.

In der Debatte zur Wirtschaftsdemokratie und der Vielfalt des Wirtschaftens wird immer wieder auf Verhältnisse in der DDR reflektiert. Das Volkseigentum (öffentliches Eigentum) in der DDR entfaltete nicht „automatisch“ ein geändertes Verhalten der Beschäftigten. Es gab eine zu geringe Identifikation mit dem Eigentum. Das öffentliche Eigentum wurde in der DDR von den Beschäftigten nicht als Wert anerkannt und akzeptiert. DIE LINKE als Partei und die Linke als Bewegung stehen vor der Herausforderung, auch mit Blick auf die Erfahrungen der staatsozialistischen Versuche, die kausalen Wirkungen zwischen den ökonomischen Eigentumsverhältnissen und den Verhalten der Produzenten/Beschäftigten zu betrachten und daraus neue Modelle des Wirtschaftens zu entwickeln. Unstrittig bietet hier das Genossenschaftsmodell Ansätze.

DIE LINKE als Partei und als Bewegung darf sich in ihrer Politik nicht nur auf die Städte konzentrieren. Auch für den ländlichen Raum sind linke Konzepte notwendig. R2g in Thüringen hat sich dazu im Koalitionsvertrag verständigt. Grundsatz ist dabei, dass der ländliche Raum starke Städte braucht und umgekehrt.

r2g ein Kulturschock?

Das rot-rot-grüne Regierungsmodell in Thüringen ist eine Premiere in der Bundesrepublik. Dies betrifft sowohl die Kooperation der drei beteiligten Parteien wie auch Vorbehalte von SPD und B90/Grüne nur aus der ostdeutschen Geschichte erklärbar.

LINKE ist Lernende im Regieren unter kapitalistischen Verhältnissen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Landesebene die föderale Ebene mit den geringsten Gestaltungsmöglichkeiten ist. Die Länder verfügen über keine eigene Steuerkompetenz, d.h. sie können selbst auf die Steuereinnahmen keinen direkten Einfluss ausüben. Eine Ausnahme bildet dabei nur die Grunderwerbssteuer. Hier haben die Länder ein Hebesatzrecht. Die Hebesätze liegen derzeit zwischen 3,5 und 6,5% (in Thüringen: 5%). Da der Grundstücksverkauf nicht der Um-

satzsteuer unterliegt, sehen Teile der LINKEN (den Autor eingeschlossen) bei der Grunderwerbssteuer noch Einnahmepotenziale der Länder. Die Grunderwerbsteuer macht ca. 2% der Landesteuereinnahmen aus.

Darüber hinaus haben die Länder nur bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (hierzu zählen auch Gebühren und Entgelte) noch Gestaltungsmöglichkeiten. Einnahmepotenziale ergeben sich für die Länder auch aus der wirtschaftlichen Betätigung. Da die Möglichkeiten der Länder auf der Einnahmeseite nur sehr begrenzt sind, bleiben zunehmend nur noch Gestaltungsinstrumente auf der Ausgabenseite. Doch selbst diese sind auf ca. 4 bis 6 Prozent des Gesamthaushaltes begrenzt. Für klassische linke Projekte bleiben auf Landesebene also nur geringe Räume. Umso wichtiger ist es, diese geringen Optionen auch zu nutzen. So wird es in Thüringen den Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit 500 Stellen geben. Zudem soll ein Kindertagesstättenjahr gebührenfrei werden.

DIE LINKE und der Rechtsstaat

DIE LINKE braucht eine Art positive Reflexion auf den gegenwärtigen Rechtsstaat. DIE LINKE muss zugleich einen erkennbaren Beitrag zur Entwicklung des gegenwärtigen Rechtsstaates leisten. Die bloße Kritik und Ablehnung des Rechtsstaates führt in eine politische Sackgasse.

Eine wichtige Vereinbarung im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün ist die „Abschaltung“ der V-Leute des Landesverfassungsschutzes. Thüringen hat kein eigenes Landesamt für Verfassungsschutz mehr. Der Verfassungsschutz ist zwischenzeitlich eine Abteilung im Ministerium für Inneres und Kommunales.

Die V-Leute sind abgeschaltet, ein bisher einmaliger Vorgang in der Bundesrepublik. Rot-Rot-Grün betritt damit Neuland, im politischen aber auch rechtlichen (verfassungsrechtlichen) Sinne. Die Abschaltung der V-Leute hat für Verstimmung bei den Verfassungsschutzämtern der anderen Bundesländer und des Bundes geführt.

Eine besondere gesellschaftliche und politische Herausforderung sind die *Aktivitäten der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Bewegung gegen eine angebliche Islamisierung der Bundesrepublik (PEGIDA/SÜGIDA)*. Diese Aktivitäten fallen in eine Zeit der drastischen Zunahme des Zustroms von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Die Unterbringung und Integration der Asylbewerber und Flüchtlingen ist durchaus eine logistische und finanzielle Herausforderung für die Länder und die Kommunen. Allein beim Land Thüringen sind die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung von 20 Millionen EUR (2013) auf 77 Millionen EUR (2015) gestiegen.

Die politische Auseinandersetzung muss mit Aufklärung und Information verzahnt werden. Die Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist aus demografischer Sicht eher mit Chancen als mit Risiken verbunden.

Politische Bildung als Voraussetzung für Politikgestaltung

In der gegenwärtigen Phase, in der das Interesse an Politik tendenziell abnimmt, kommt der *Rolle der politischen Bildung* ein zunehmendes Gewicht zu. Dabei werden die Rahmenbedingungen für politische Bildung komplizierter. Über politische Bildung kann politische Teilnahme befördert. Diese Wirkung ist aber kein Automatismus. Die Angebote für politische Bildung müssen dabei aber auch zunehmend „niederschwellig“ als Einstiegsoptionen sein.